Nummer 249

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Goldpfennig. 69. Jahrgang Mittwoch, 28. Mai 1924

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman, sowie „Das Leben im Bild", illustrierte Wochenbeilage, und „Heitre Welt", humoristische Wochenbeilage

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau; Inseratenteil: H. Konglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Gel. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,90 Goldmark, Stellungsuchende 0,40 Goldmark, Reklamezeile 4,50 Goldmark. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1924 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französ. Francs, Belgien 200 belg. Francs, Schweiz 50 schweizer. Francs, Holland 22,50 holländ. Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 35 schwedische Kronen, Norwegen 60 norweg. Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat April 1924 nach Oesterreich 200 000 österreichische Kronen, Ungarn 100 000 ungarische Kronen, Polen 20 000 000 polnische Mark, Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Für Manuskripte übernimmt der Verlag keine Verantwortung | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Unverlangt eingesandte Manuskripte ist Rückporto beizufügen

Keine Regierung und der Reichstag unter Kommunisten-Obstruktion.

Der Reichstag hat in den letzten Jahren manche wüste Szene zu verzeichnen gehabt, aber solche wie gestern doch noch nicht. Und dabei ist alle Welt davon überzeugt, daß auch die gestrigen kommunistischen Ausschreitungen und Rüpeleien im Sitzungssaal des Reichstages nur ein bescheidener Auftakt gewesen sind zu dem, was in den nächsten Tagen kommen wird.

Das Haus war im Sitzungssaal und auf den Tribünen überfüllt. Die Ministerbank war leer, da die Minister auf ihren Abgeordnetenbänken saßen. Wie bereits berichtet, ging der Einzug der Abgeordneten ohne Störung von statten, auch als Ludendorff und Tirpitz den Saal betraten, blieb alles ruhig. Kaum jedoch hatte der Alterspräsident Bock von der sozialdemokratischen Partei, ein 78jähriger Greis, dessen Stimme den Raum nicht mehr beherrscht, die Worte gesprochen: „Ich eröffne die Sitzung", da tobten die Kommunisten los und brüllten im Chor, die kreischenden Stimmen der zu ihnen gehörenden Frauen dazwischen: Heraus mit den politischen Gefangenen! Der Alterspräsident war gutmütig oder unbeholfen genug, dem Kommunisten Remmele sofort zur Geschäftsordnung das Wort zu geben, was dieser zu Schimpfereien und Provokationen ausnutzte und was dann natürlich Widerspruch auf der Rechten hervorrief. Nach einiger Zeit konnte der herkömmliche Namensaufruf der neuen Abgeordneten vorgenommen werden. Die Kommunisten führten dabei ihr vorbereitetes Lärmprogramm weiter durch. Als der Name Bismarck aufgerufen wurde, brüllten sie „Aufstehen". Emminger wurde Schuft und Lump genannt, Breitscheids Abwesenheit durch „Geschäftskreisen" erklärt. Ein Höllenlärm ging los, als der Name Ludendorff an die Reihe kam. Die Nationalsozialisten übertönten den Lärm durch Heilrufe. Ludendorff saß ruhig auf seinem Platz und neigte nur mehrmals das Haupt wie zum Dank für die Kundgebungen seiner Freunde. Der Kommunist Scholem ging an den Tisch des Hauses und hob die vorher von ihm dorthingelegte blaue Brille empor, mit der Ludendorff in Anspielung auf seine Reise nach Schweden verhöhnt werden sollte. Bei Tirpitzens Namen ertönte durch den Lärm hindurch eine Torpedopfeife, und sobald der Name eines in Haft befindlichen kommunistischen Abgeordneten aufgerufen wurde, brüllte wieder der ganze Kommunistenchor: „Heraus mit den politischen Gefangenen." An den Namensaufruf, der dank der Kaltblütigkeit der Schriftführer verhältnismäßig schnell von statten ging, schloß sich wieder eine Geschäftsordnungsdebatte, die vornehmlich von den Kommunisten geführt wurde. Es hieße dem planmäßigen Radau zu viel Ehre antun, wollte man alles einzeln aufzählen. Hervorgehoben sei nur, daß der Kommunist Thälmann erklärte, für die kommunistische Fraktion bestehe die Geschäftsordnung nicht. Demgemäß brachte er zunächst drei Hochs auf die politischen Gefangenen und ein dreimaliges Nieder auf die Gegner aus, in das die Kommunisten mit aller Lungenkraft einstimmten, und dann dirigierte er vom Rednerpult aus seine Fraktion bei dem planmäßig angestimmten Chor der Internationale. Die Rechte übertönte schnell die Kommunisten durch „Deutschland Deutschland über alles", aber während sie den Saal verließ, brüllten die Kommunisten noch eine weitere Strophe der Internationale. Der Alterspräsident Bock hatte sich schon während dieses Lärms vom Präsidentenstuhl zurückgezogen und durch Aufsetzen des Hutes zu erkennen gegeben, daß er die Sitzung aufhebe.

Heute soll nun die Präsidentenwahl stattfinden. Die Kommunisten hatten verlangt, daß erst ihre Anträge auf Freilassung der Verhafteten und noch ein halbes Dutzend andere Anträge zur Erörterung kommen sollen. Es ist also damit zu rechnen, daß der Reichstag von ihnen heute wieder zu einer Art Rummelplatz und Tobsuchtszelle herabgewürdigt wird.

Marx und Stegerwald lehnen die Kabinettsbildung ab.

Hergt heute beim Reichspräsidenten.

Die Versuche, eine neue Regierung zu bilden, haben auch im Laufe des gestrigen Nachmittags und Abends noch nicht zu einem Erfolg geführt. Wie verabredet war, empfing der Reichspräsident Ebert um 5 Uhr den bisherigen Reichskanzler Dr. Marx, um ihm den Auftrag zur Kabinettsbildung zu geben. Dr. Marx sah sich nicht in der Lage, diesem Auftrage Folge zu leisten, denn im Laufe des Nachmittags hatte der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei den Führern des Zentrums erklärt, daß die Deutsche Volkspartei Wert auf die Mitarbeit der Deutschnationalen legen müßte. Die Deutschnationalen würden bereit sein, unter einem Zentrumskanzler mitzuarbeiten, aber nicht unter dem bisherigen Kanzler Marx, sondern unter einem Kanzler Stegerwald. Daraufhin empfing der Reichspräsident Ebert zunächst den Fraktionsvorsitzenden des Zentrums, Herrn Fehrenbach, sodann den Abgeordneten Stegerwald. Herr Stegerwald lehnte nach kurzer Aussprache mit Ebert es ab, den Auftrag zur Kabinettsbildung zu übernehmen. Nach diesen Ablehnung empfing der Reichspräsident den Abgeordneten Dr. Scholz als Vertreter der Deutschen Volkspartei. Das Ergebnis dieser Besprechungen ist noch nicht greifbar. Es besteht, wie wir hören, darin, daß die Bemühungen um die Bildung einer Regierung auf der Grundlage eines Bürgerblocks noch fortgesetzt werden sollen.

Die Bemühungen, die Regierungskrisis zu Ende zu führen, wird der Reichspräsident heute fortsetzen. Er hat, wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, Herrn Hergt gebeten, sich um 10 Uhr zu neuer Besprechung einzufinden. Dadurch tritt die Möglichkeit einer deutschnationalen Kanzlerschaft erneut in den Vordergrund. Es ist in diesem Zusammenhange von Bedeutung, daß die deutschnationale Reichstagsfraktion in ihrer gestrigen Abendsitzung beschlossen hat, an einer Kanzlerkandidatur des Großadmirals v. Tirpitz festzuhalten.

Die Deutsche Volkspartei gibt folgende Mitteilung aus: In einem Teil der deutschen Presse werden Behauptungen aufgestellt, wonach auch die Fraktion der Deutschen Volkspartei die Verhandlungen über den Bürgerblock als gescheitert betrachtet. Demgegenüber wird von dem Pressedienst der Deutschen Volkspartei festgestellt, daß die Fraktion der Deutschen Volkspartei nach wie vor daran festhält, daß innen- und außenpolitische Gründe die Schaffung einer großen bürgerlichen Regierungsmehrheit von Deutschnationalen bis Demokraten dringend erfordern und daß in diesem Sinne die Verhandlungen weitergehen.

Ueber die Stellungnahme der Bayerischen Volkspartei erfahren wir von zuständiger Seite, daß an dem prinzipiellen Standpunkt, den die Bayerische Volkspartei zur Regierungsbildung im Reiche von jeher einnahm, sich nicht das geringste geändert hat. Die Partei erachtet nach wie vor als das wünschenswerte Ziel die Zusammenfassung aller bürgerlichen Parteien.

Es erscheint uns ganz unmöglich, daß ein solches Verfahren der Kommunisten auch nur noch kurze Zeit geduldet werden darf. Der Reichstag würde überhaupt nicht zu irgendwelchen positiven Arbeiten kommen, sondern zum Gespött des deutschen Volkes und der ganzen Welt werden. Eine Verschärfung der Geschäftsordnung ist unbedingt notwendig. Der Präsident muß das Recht und die Machtmittel erhalten, Ruhestörer zu entfernen und unter Umständen dauernd von den Sitzungen auszuschließen. Der „Vorwärts" hat gestern morgen ganz zu Recht geschrieben, daß andernfalls die Diktatur unausbleiblich sei.

•

Wer die Vorgänge der gestrigen Reichstagssitzung überdenkt und das Deutsche Reich mitsamt seiner Regierung nicht dem kommunistischen Terror erliegen zu sehen wünscht, wird es jetzt erst recht für nötig halten, daß wir sofort eine bürgerliche Regierung erhalten, die sich auf eine dauerhafte, bürgerliche, möglichst weit reichende Mehrheit stützt. Leider haben auch die Verhandlungen des Reichspräsidenten Ebert mit den Parteiführern bis jetzt noch zu keinem positiven Ergebnis geführt. Marx und Stegerwald haben die Neubildung des Kabinetts abgelehnt, die Deutsche Volkspartei ist aber weiter bemüht, den Vermittler zu spielen. Heute vormittag wird der Reichspräsident erneut mit dem Führer der Deutschnationalen, Hergt, verhandeln.

Wir sind der Ansicht, daß die Deutschnationalen oder der von ihnen dazu bestimmte Mann mit dem Auftrag zur Kabinettsbildung betraut werden sollte. Die Deutschnationalen sind die stärkste bürgerliche Partei und der Sinn des Wahlergebnisses ist ohne jeden Zweifel der, daß die Volksmeinung sie in der Regierung haben will. Da z. B. Tirpitz auch der Deutschen Volkspartei als Kanzler genehm ist, so erscheint uns der Versuch nicht aussichtslos, ihm die Zusammenfassung der bürgerlichen Parteien unternehmen zu lassen.

Es kommt dabei entscheidend auf die Deutsche Volkspartei an. Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten können ohne Deutsche Volkspartei niemals eine Mehrheit erreichen, genau so wie Deutschnationale und Zentrum ohne die Deutsche Volkspartei nicht imstande sind, irgendwie eine Mehrheit sich zu schaffen. Bleibt also die Deutsche Volkspartei fest bei ihrem Entschluß, den Deutschnationalen eine führende Stellung in der Regierung und in der Verantwortung einzuräumen, so muß das Zentrum nachgeben oder es kommt überhaupt keine Regierung zustande und der Reichspräsident müßte auf Grund des Art. 48 der Verfassung durch Ausnahmeverordnung regieren lassen. Das Zentrum und Demokraten eine Diktatur aber nicht wollen, so werden sie wohl oder übel einlenken müssen.

Nun scheint es, daß unter Führung des Abgeordneten Dr. Scholz die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei entschlossen und gerade den erfreulicherweise eingeschlagenen Kurs weitersteuern und die Einbeziehung der Deutschnationalen in die Regierung erzwingen will. Sie entspricht damit zweifellos dem Willen ihrer gesamten Wählerschaft. Deshalb darf sie dabei die Nerven nicht verlieren und sich nicht den Lockungen des linken Zentrums, der linken Demokraten und der Sozialdemokraten hingeben, doch wieder die große Koalition, wie sie unter dem Kabinett Marx bestanden hat, herzustellen. Eine solche Koalition könnte vielleicht für einen Augenblick möglich erscheinen. Sie würde aber eine derartige Verschärfung des innerpolitischen Kampfes durch die Abdrängung der Deutschnationalen in die Opposition herbeiführen, daß angesichts der kommunistischen Revolutionshetze der Bürgerkrieg geradezu herbeigezwungen würde. Wollte die Volkspartei dafür die Verantwortung übernehmen, so verdiente sie, von der politischen Bühne weggefegt zu werden.

Die Deutschnationalen dürfen den Bogen ihrer Forderungen nicht überspannen, verfügen sie doch allein nicht über die Mehrheit. Die Volkspartei darf aber nicht die Hand dazu bieten, daß der Streit um das Gutachten benutzt wird, um den Sinn des Wahlergebnisses zu fälschen.

Dr. O.

Deutscher Reichstag.

1. Sitzung, Dienstag, den 27. Mai 1924.

Schon lange vor Beginn der Sitzung sind die Publikumstribünen überfüllt. In der Diplomatenloge haben der englische Botschafter Lord d'Abernon, der amerikanische Botschafter Houghton und Mitglieder der französischen, der polnischen, der belgischen, der italienischen und der tschechoslowakischen Gesandtschaften Platz genommen.

Schon vor 3 Uhr betreten zahlreiche Abgeordnete den Saal. Einige von ihnen erkennt man sofort als Neulinge, weil sie mit brennender Zigarre hereinkommen. Der Kommunist Epstein, mit einem schwarzen Fezsitzenbend angetan, sitzt längere Zeit mit dampfender Pfeife auf seinem Platz.

Eine Tagesordnung liegt noch nicht vor, auch amtliche Drucksachen sind noch nicht verteilt worden. Die Bänke für die Reichsminister sind leer, die Bänke der Landesregierungen sind stark besetzt, auch die Mitglieder des Reichsrats haben sich nahezu vollzählig eingefunden. Unter den Abgeordneten sieht man u. a. auch die bisherigen Minister Dr. Stresemann und Dr. Geßler. Der bisherige Reichskanzler Marx ist zu Beginn der Sitzung nicht anwesend. Ludendorff hat als einer der ersten sich auf seinem Platz eingefunden. Bald darauf erscheint auch Tirpitz, der von seinen Freunden lebhaft begrüßt wird.

Um 3 Uhr 20 Minuten betritt der Alterspräsident, der Abg. Bock-Gotha (Soz.) den Saal und nimmt am Präsidium Platz.

Er eröffnet die erste Sitzung des Reichstages. Sofort setzen die Kommunisten mit einem

furchtbaren Lärm

ein. Sie schreien im Chor: Heraus mit den politischen Gefangenen. Der Alterspräsident dringt mit seiner schwachen Stimme nicht durch. Plötzlich beginnt sich der kommunistische Abg. Katz, ehe noch der Reichstag konstituiert ist und ehe er das Wort erhalten hat, auf die Rednertribüne und verliest einen Antrag, der die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen fordert. (Lebh. Widerspruch bei den anderen Parteien.) Es herrscht minutenlanger Lärm. Die Kommunisten schreien und toben, die Vertreter der anderen Parteien rufen: Schluß! Der Abg. Katz beantragt, seinen Antrag sofort auf die Tagesordnung zu setzen. Als er geendet hat, klatschen die Kommunisten stürmisch Beifall.

Der Alterspräsident stellt dann fest, daß er das älteste Mitglied des Hauses ist, da er am 28. April 1846 geboren ist. Er übernimmt das Amt mit dem lebhaften Wunsche, daß die auf den neugewählten Reichstag gesetzten Hoffnungen sich erfüllen mögen. (Stürmisches Gelächter bei den Kommunisten.) — Zu Schriftführern werden ernannt die Abgg. Philipp (Nationalsozialist.), Frau Teusch (Ztr.), Frau Agnes (Soz.), Eichhorn (Komm.). Sie nehmen am Präsidium Platz, und der

Namensaufruf

beginnt. Wenn ein kommunistischer Abgeordneter aufgerufen wird, der sich augenblicklich in Haft befindet, rufen die Kommunisten stürmisch: Heraus mit den politischen Gefangenen! Bei dem Namen Ludendorff erheben die Kommunisten ein ohrenbetäubendes Geschrei. Die Nationalsozialisten antworten mit Heilrufen. Der Abg. Scholem (Komm.) hebt eine blaue Brille hoch, die er dann auf den Tisch des Hauses niederlegt. Als der Kommunist Scholem aufgerufen wird, antwortet er: Hier, ich werde Euch schon noch aufregen. (Gelächter.) Der Name Severing wird von den Kommunisten mit Rufen: Pfui! Nieder mit dem Verräter, Mordhund! begrüßt. Beim Namen Sollmann ruft Scholem: Sind Sie noch nicht brüllen bei den Deutschnationalen? Als von Tirpitz aufgerufen wird, heraustallen die Kommunisten ein Pfeifkonzert auf den Fingern. Die Abgeordneten, die beim ersten Aufruf nicht geantwortet haben, werden dann zum zweiten Male aufgerufen. Hierbei wiederholen sich immerfort die lauten Rufe der Kommunisten: Im Gefängnis, in Schutzhaft! usw. Als bei dem Namen Kriebel auch einige Nationalsozialisten antworten: Im Gefängnis!, rufen die Kommunisten ihnen zu: Ihr könnt das noch nicht, Ihr müßt das noch lernen! Als der Namensaufruf beendet ist, rufen die Kommunisten: Da ist ein schöner Stall beisammen.

Die Schriftführerin Frau Agnes verliest

die Liste der eingegangenen Vorlagen,

darunter befinden sich die Sachverständigen-Gutachten, einige Verträge mit den Randstaaten, eine Denkschrift über die Besatzungskosten und ein Bericht der Reichsschuldenkommission für 1924.

Darauf tritt eine Pause ein, während der die Schriftführer die Prüfung des Reichstages feststellen.

Der Alterspräsident Bock teilt mit, daß die Auszählung die Anwesenheit von 449 Abgeordneten ergeben habe, daß das Haus somit beschlußfähig sei. Er läßt ferner die eingegangenen Anträge verlesen. Außer den bereits bekannten nationalsozialistischen Anträgen auf Haftentlassung Kriebels und Aufhebung des Verbots von politischen Parteien und Vereinen befinden sich darunter